



ERSTER STEIRISCHER FRAUENBERICHT



SIEBENTER TEILBERICHT

Frauen und Armut

INHALT:

Einleitung.....	4
1. Armut und Einkommen	4
2. Die Armutsgefährdung bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen	8
3. Working Poor, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe	14
4. Zusammenfassung	18
Literatur	19

Es wurden jeweils die aktuellsten vorhandenen Zahlen verwendet. Da viele Daten für das Jahr 2009 erst 2010 veröffentlicht werden und somit bei Drucklegung noch nicht verfügbar waren und andere nicht jährlich erhoben werden, wird in diesen Fällen auf ältere Zahlen zurückgegriffen.



Armut ist gerade in einer reichen Gesellschaft wie der unseren ein Thema, vor dem wir gerne die Augen verschließen und das wir oft verdrängen. Die Wirtschaftskrise in den vergangenen beiden Jahren hat aber dazu geführt, dass die wachsende Ungleichheit wieder zum wichtigen Thema geworden ist. Das ist richtig so, denn die Debatte über die Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land ist die zentrale Diskussion der kommenden Jahre. Nur wenn es uns gelingt, die Schere zwischen Arm und (Super-)Reich wieder zu schließen, werden wir den dringend notwendigen Zusammenhalt und den sozialen Frieden in unserem Land sicherstellen können.

Der siebte Teil des Steirischen Frauenberichts beschäftigt sich mit dem Thema Armut aus weiblicher Sicht. Und leider müssen wir feststellen, dass Armut zu einem großen Teil „weiblich“ ist. Denn Frauen sind viel stärker von Armut betroffen als Männer. Die Gründe dafür sind vielfältig: Frauen verdienen weniger, Frauen sind häufiger alleinerziehend und haben eine geringere Pension. Die geringeren Frauenpensionen zeigen klar auf, dass sich die Wahl zwischen Beruf und Familie am Ende doch meistens negativ für

Frauen auswirkt. Besonders augenscheinlich ist auch die Tatsache, dass in frauenspezifischen Branchen prinzipiell ein deutlich geringes Einkommen zu erzielen ist, als in den klassischen Männerdomänen. Dadurch gehören Frauen viel eher zu den „working poor“ als Männer.

Der Teil sieben unseres ersten Steirischen Frauenberichts zeigt eindrucksvoll, wie vieler Anstrengungen es in den unterschiedlichen Bereichen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens noch bedarf, bis endlich die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern hergestellt sein wird. Die Fakten liegen mit diesem Bericht nun auf der Hand, ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, dass wir die Verhältnisse in den kommenden Jahren zum Besseren verändern!

Ihre,

Mag.^a Elisabeth Grossmann
Landesrätin für Jugend,
Frauen, Familie und Bildung

EINLEITUNG

2010 ist das Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung¹. Es gibt unterschiedliche Ursachen, warum Menschen in die Armutsfalle geraten, die Erwerbstätigkeit und das dadurch erzielte Einkommen spielen jedoch eine wesentliche Rolle. Im zweiten Teilbericht des Ersten Steirischen Frauenberichts „Frauen und Erwerbsleben“

wurde bereits die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beschrieben. Nun soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwiefern sich das niedrige Einkommen der Frauen auf die Armutsgefährdung auswirkt, und welche weiteren Zusammenhänge zwischen Armut und Geschlecht bestehen.

1. ARMUT UND ARMUTSGEFÄHRDUNG

11,9% der Bevölkerung in der Steiermark sind von Armut betroffen.

Armut ist in erster Linie gekennzeichnet durch den Mangel an lebenswichtigen Ressourcen wie Nahrung, Kleidung und Wohnraum. Inwieweit Personen und Haushalte gefährdet sind, in eine derartige Notlage zu geraten, wird an der Einkommenssituation gemessen. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt nach der Eurostat-Definition bei 60% des Medianeinkommens des jeweiligen Landes. In Österreich lag die **Armutsgefährdungsschwelle** eines Ein-Personen-Haushaltes² im Jahr 2008 bei **951 Euro im Monat**.³ 2008 verfügten bundesweit 12,4% und in der Steiermark etwa 11,9% der Bevölkerung monatlich über weniger als 951 Euro und galten demnach als armutsgefährdet.⁴ Ein Blick auf die Geschlechterverteilung zeigt, dass Frauen stärker von Armut betroffen sind als Männer: Im erwerbsfähigen Alter sind 12% der Österreicherinnen, aber nur 10% der männlichen Bevölkerung

armutsgefährdet und unter den PensionistInnen sind 17% der Frauen und 12% der Männer betroffen.⁵ Dieses Bild spiegelt sich auch in der **Steiermark** wider, wo insgesamt **13% der Frauen** (oder 79.000) im Vergleich zu **10% der männlichen Bevölkerung** (oder 57.000) **armutsgefährdet** sind. Frauen über 65 Jahren haben zudem mit 20% ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko als Männer der gleichen Altersgruppe (9%).⁶ Im Gegensatz zur Armutsgefährdung, die alleine über das Einkommen definiert ist, beinhaltet manifeste (oder sichtbare) Armut zusätzlich die Benachteiligung in zumindest einem zentralen Lebensbereich. Als manifest arm gelten zum Beispiel Personen, die ihre Wohnung nicht warm halten können oder sich notwendige Arztbesuche nicht leisten können. In Österreich waren davon 2008 6% der Bevölkerung betroffen. Weiters spricht man von Deprivation, Ein-

1 Vgl. Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: <http://www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/> (17.3.2010)

2 2-Personenhaushalt: 1.426 Euro, Familie mit einem Kind: 1.711 Euro, Familie mit 2 Kindern: 1.996 Euro, Alleinerziehend mit einem Kind: 1.236 Euro, Alleinerziehend mit 2 Kindern: 1.521 Euro.

3 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.IV; und 2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Fact Sheet (EU-SILC 2008). http://www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/2010_jahr.html?channel=CH0851 (6.4.2010)

4 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.50.

5 Vgl. ÖGB: http://www.fairteilen.at/index.php?option=com_content&view=article&id=53%3Aarmut-ausgrenzung&catid=40%3Aarmutszeichen-zahlen-daten-fakten-a-co-&Itemid=27 (6.4.2010)

6 Vgl. Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006, Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008, S.27.

kommensarmut und gefühlter Armut. Deprivierte Personen werden zwar benachteiligt⁷, sind aber nicht armutsgefährdet und als einkommensarm gelten jene, die trotz Armutsgefährdung keiner Benachteiligung ausgesetzt sind.⁸ **Die gefühlte Armut** hingegen basiert auf einem subjektiven Gefühl der Ausgrenzung und Benachteiligung, die sich nicht unbedingt durch objektive Kriterien, wie etwa Einkommen, bestätigen lassen.⁹

In Österreich und der Steiermark gibt es nun bestimmte Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer Lebensumstände besonders armutsgefährdet sind, oder einen großen Teil jener Menschen in der Bevölkerung ausmachen, die direkt von Armut betroffen sind. Neben kinderreichen Familien, MigrantInnen, gering Qualifizierten und Personen mit körperlichen, psychischen und geistigen Beeinträchtigungen¹⁰ ist dazu auch die weibliche Bevölkerung zu zählen.

Frauen in der Steiermark verdienen monatlich im Durchschnitt 670 Euro weniger als Männer.

Das durchschnittliche Nettoeinkommen in der Steiermark im Jahr 2008 beträgt 18.436 Euro, wobei Männer um rund 4.000 Euro mehr und Frauen um etwa die gleiche Summe weniger verdienen. Auch österreichweit liegt der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied bei rund 8.000 Euro jährlich, wobei Männer und Frauen insgesamt ein höheres Einkom-

men beziehen als in der Steiermark. Im Vergleich zu 2007 haben in der Steiermark sowohl Frauen als auch Männer um 2,9% mehr verdient. In Gesamtösterreich fiel die Einkommenssteigerung der Arbeitnehmerinnen hingegen mit 3% höher aus als jene der männlichen Bevölkerung (2,7%). Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit Ausnahme von Kärnten

Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen nach Lohnsteuerstatistik 2008 (in Euro)

Quelle: Statistik Austria 2010, Tafner 2009, Bearbeitung LASTAT Steiermark¹¹

Bundesland	Einkommen netto 2008			Einkommen netto 2007			Veränderung 07/08		
	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen
Burgenland	19.304	22.994	14.824	18.589	22.136	14.218	3,8%	3,9%	4,3%
Kärnten	18.196	21.885	13.971	17.712	21.241	13.599	2,7%	3,0%	2,7%
Niederösterreich	20.277	24.331	15.553	19.682	23.614	15.020	3,0%	3,0%	3,6%
Oberösterreich	18.990	23.267	13.885	18.453	22.584	13.448	2,9%	3,0%	3,2%
Salzburg	17.961	21.780	13.831	17.523	21.320	13.379	2,5%	2,2%	3,4%
Steiermark	18.436	22.135	14.056	17.950	21.517	13.653	2,7%	2,9%	2,9%
Tirol	17.094	20.898	12.834	16.734	20.462	12.499	2,2%	2,1%	2,7%
Vorarlberg	18.302	22.963	13.011	17.852	22.372	12.641	2,5%	2,6%	2,9%
Wien	20.206	22.966	17.244	19.769	22.498	16.826	2,2%	2,1%	2,5%
Österreich	19.087	22.832	14.806	18.590	22.230	14.371	2,7%	2,7%	3,0%

7 Definition Benachteiligung: Deprivierte Personen sind mit mindestens zwei Problemen der folgenden Lebensbereiche konfrontiert: Wohnqualität (Substandard, Schimmel, dunkle Wohnung, keine Waschmaschine), Wohnungsumfeld (Lärm, Umweltverschmutzung, Kriminalität), Gesundheit (sehr schlechte Gesundheit, Behinderung, chronische Krankheit). Oder sie haben mindestens drei Probleme der folgenden Lebensbereiche: Nicht leistbare gewünschte Konsumgüter (PKW, PC, Internet, Handy, DVD-Spieler, Geschirrspüler) und Grundbedürfnisse abdecken (Wohnung warm halten, neue Kleidung kaufen, Fleisch, Fisch etc. essen, unerwartete Ausgaben tätigen, Zahlungsrückstände).

8 Vgl. Statistik Austria: Macht Armut einsam? Neue Ergebnisse belegen Zusammenhänge zwischen niedrigem Einkommen, materieller Benachteiligung und sozialer Isolation. Wien 2008. http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/%20armut_und_soziale_eingliederung/030351 (07.04.2010)

9 Vgl. www.armut.de: Definition von Armut. (22.2.2010)

10 Quelle: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hg.): Steirischer Sozialbericht 2007/ 2008. Graz 2009, S. 92f.

11 In: Mayer, Martin: Regionale Einkommensstatistiken unselbstständig Beschäftigter 2008. In: Steirische Statistiken 12/2009. Graz 2009, S.18. http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10003178_97617/56f66388/Publikation%2012-2009-Internet.pdf (23.02.2010)

in allen anderen Bundesländern Frauen ein höheres Einkommensplus zu verzeichnen hatten als Männer und in Salzburg diese Differenz besonders groß war. Trotz dieser Tatsache hat sich die geschlechtsspezifische Einkommens-

schere weiter vergrößert, nämlich von jährlich 7.859 Euro 2007 auf 8.026 Euro 2008. In der Steiermark zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. (Nähere Erläuterungen finden sich auch im 2. Teilbericht „Frauen und Erwerbsleben“.)

Frauen verdienen 15% weniger, nur weil sie Frauen sind.

Einen weiteren Hinweis auf die schlechtere Einkommenssituation der Frauen bietet der **Gender Pay Gap**. Wie der Tabelle unten zu entnehmen ist, verdienen in der Steiermark Frauen um 37% netto weniger als die Männer und selbst, wenn man nur die Vollzeitbeschäftigten betrachtet, gibt es noch immer eine Differenz von 23% netto. Damit liegt die Steiermark leicht über dem österreichischen Durchschnitt. Um diesen Unterschied zu veranschaulichen wird jährlich der Equal

Pay Day berechnet, jener Tag, an dem Männer bereits jenes Einkommen erreicht haben, dass Frauen erst am Ende des Jahres erzielen werden. Im Jahr 2009 fiel dieser in Österreich auf den 27. September und in der Steiermark auf den 26. September. Auffallend dabei ist auch die Tatsache, dass rund 15% des Einkommensunterschieds nicht durch objektive Einflussfaktoren erklärt werden können, sondern anscheinend nur auf das Geschlecht zurückzuführen sind.¹²

Gender Pay Gap 2008

Quelle: Statistik Austria 2010

Berechnungsvarianten	Steiermark		Österreich	
	brutto	netto	brutto	netto
Einkommen ohne Trennung in Voll- und Teilzeit	41%	37%	39%	35%
Einkommen ganzjährig Vollzeit	26%	23%	25%	22%
Einkommen ganzjährig Teilzeit	23%	19%	21%	17%

Ein-Eltern-Haushalte und MigrantInnen haben die höchste Armutsgefährdungsquote.

Die Tatsache, dass in der Steiermark der Anteil der weiblichen Teilzeitbeschäftigten bei 85% liegt und nur 34% der Frauen eine Vollzeitstelle inne haben, stellt eine Erklärung für die große Einkommensdifferenz dar. Solange teilzeitbeschäftigte Frauen in einem Mehrpersonenhaushalt, in der Regel in einer Familie, leben ist ihre Armutsgefährdung relativ gering. Doch im Falle einer Scheidung verschlechtert sich ihre Situation zunehmend. Sie müssen sich nicht nur von ihrem

geringen Einkommen selbst erhalten, sondern in vielen Fällen als Alleinerzieherinnen auch für ihre Kinder aufkommen. Dazu ist es oft schwierig, eine geeignete Kinderbetreuung zu finden und nach langjähriger Teilzeitbeschäftigung überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, Vollzeit zu arbeiten. Daher gelten in Österreich **Ein-Eltern-Haushalte** mit 29% nach Personen mit **ausländischer Staatsbürgerschaft** (30%) als am stärksten **armutsgefährdet**, wie die Grafik unten zeigt.

¹² Quelle: Bundeskanzleramt Frauen: <http://www.frauen.bka.gv.at/> (25.11.2009)

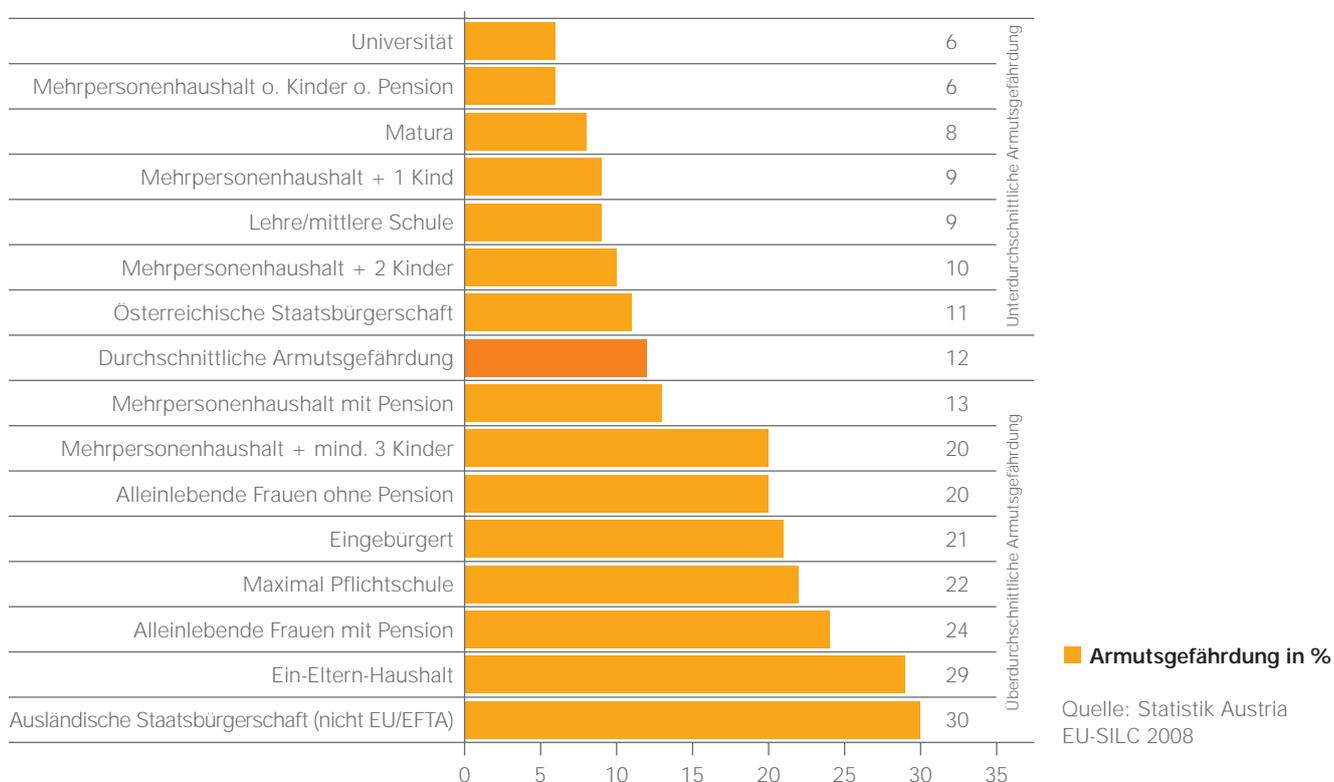
¹³ Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.54.

Während alleinlebende Pensionisten in der Tabelle gar nicht aufscheinen, ist rund ein Viertel der alleinlebenden Frauen mit Pension armutsgefährdet.¹³ Die drei eben genannten Bevölkerungsgruppen waren auch in den letzten Jahren mit Abstand am stärksten von Armut betroffen, wie die Erhebungen der Jahre 2006 und 2007 zeigen.¹⁴

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die ebenfalls überdurchschnittlich armutsgefährdet ist und in der Frauen doppelt so stark vertreten sind als Männer, stellen **Personen mit Pflichtschulabschluss als höchster Ausbildung** dar. Wie bereits im 3. Teilbericht „Frauen und Bildung“ beschrieben wurde, konnten im Jahr 2007 10,8% der steirischen Männer und 22,6% der steirischen Frauen im erwerbsfähigen Alter lediglich einen Pflichtschulabschluss aufweisen.¹⁵ Dies hat natür-

lich Auswirkungen auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und das Einkommen, welche wiederum die Armutsgefährdung beeinflussen. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass neben ausländischen StaatsbürgerInnen vor allem Alleinlebende bzw. Alleinerziehende und Personen mit geringer Ausbildung vermehrt armutsgefährdet sind. Aber auch Familien mit vielen Kindern sind stärker betroffen. Hingegen sind Personen mit höherer Ausbildung und Mehrpersonenhaushalte mit maximal zwei Kindern unterdurchschnittlich oft von Armut betroffen.¹⁶ In Familien ist zudem ausschlaggebend, ob neben den Männern auch die Frauen einer Beschäftigung nachgehen. Dies kann das Armutsrisiko etwa bei einer Familie mit drei oder mehr Kindern um die Hälfte verringern.¹⁷

Armutsgefährdung nach soziodemografischen Merkmalen



14 Quelle: Statistik Austria (Hg.): Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC-2006. Wien 2008, S.33. und Statistik Austria (Hg.): Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC-2007. Wien 2009, S.34.

15 Quelle: Statistik Austria (Hg.): Bildung in Zahlen 2007/2008. Tabellenband. Wien 2009, S. 238.

16 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.54f.

17 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramts – Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlicher Dienst: Frauen und Männer in Österreich, Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden. Wien 2007, S.101.

Im Vergleich zur Armutsgefährdungsquote (oder Eintrittswahrscheinlichkeit), kann nun auch die relative Chance dargestellt werden, mit der die betroffenen Personen der Armut wieder entkommen können. Dabei lässt sich folgendes festhalten: Mehrpersonenhaushalte ohne Pension haben die besten Chancen wieder herauszukommen, wenn sie einmal von Armut betroffen sind. **Männer** haben generell eine etwas **bessere Austrittschance als Frauen** und auch für Personen aus Nicht-EU-/ EFTA-Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, den Bereich der Armutsgefährdung zu verlassen, relativ gering, egal ob sie eingebürgert wurden oder nicht. Betrachtet man Personen

im erwerbsfähigen Alter, so besitzen alleinlebende Frauen ohne Pension (73%) eine geringe Austrittschance im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. **Haushalte mit Pension** haben jedoch das **höchste Risiko in der Armut zu verbleiben**, wobei die relative Austrittschance von Pensionistinnen mit 54% wesentlich niedriger ausfällt als jene der männlichen Pensionsbezieher, die bei rund 79% liegt. Mehrpersonenhaushalte mit Pension besitzen eine Austrittschance von 68%. Wenn man nun bedenkt, dass Frauen über 65 Jahren auch ein höheres Eintrittsrisiko haben, ist es nicht verwunderlich, dass sie auch häufig dauerhaft von Armut betroffen sind.¹⁸

2. DIE ARMUTSGEFÄHRDUNG BEI AUSGEWÄHLTEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

MigrantInnen¹⁹ verdienen 27% weniger als ÖsterreicherInnen.

Personen mit Migrationshintergrund (insbesondere aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei) sind besonders häufig von Armut bzw. Armutsgefährdung betroffen. In Österreich lag der Anteil der Nicht-ÖsterreicherInnen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2009 bei 10,4%, in der Steiermark dagegen bei nur 6,3%, wobei der Anteil der Frauen bei den klassischen Gastarbeiterländern Türkei und Ex-Jugoslawien mit rund 45% sehr gering ist und sich nur allmählich jenem der Männer angleicht.²⁰

Das Median-Äquivalenzeinkommen unter der gesamten steirischen Wohnbevölkerung betrug 2005 pro Kopf 17.551 Euro, wobei die InländerInnen mit einem durchschnittlichen Einkommen von 17.858 Euro wesentlich mehr verdienen als ausländische Arbeitskräfte. Sie erhielten im Gegensatz dazu

pro Person nur 13.146 Euro und auch eingebürgerte SteirerInnen lagen mit 15.470 Euro ebenfalls weit unter dem durchschnittlichen Jahreseinkommen der inländischen Bevölkerung. Dabei ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass das Bildungsniveau von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit²¹, mit Ausnahme von Deutschland und anderen EU Nationen, unter jenem der österreichischen Bevölkerung liegt. So haben nur wenige MigrantInnen aus den klassischen Gastarbeiterländern einen Hochschulabschluss, und der Anteil jener Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen ist im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung (18%) mit 40% sehr hoch. Besonders MigrantInnen aus der Türkei haben mit fast 80% einen **hohen Anteil an PflichtschulabgängerInnen**.²² Dadurch üben sie öfter ge-

18 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.125ff.

19 Personen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben.

20 Vgl. Mayer, Martin: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark. In: Steirische Statistiken 11/2009. Graz 2009, S.31 ff.

21 Hier sind in erster Linie Personen aus der Türkei und den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens gemeint.

22 Vgl.: Mayer, Martin: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark. In: Steirische Statistiken 11/2009. Graz 2009, S.60.

ring qualifizierte Tätigkeiten aus, die ein niedrigeres Einkommen zur Folge haben. Allerdings geben auch 28,2% der ausländischen Beschäftigten in der Steiermark an, dass sie für die ausgeübte Tätigkeit überqualifiziert sind. Unter der inländischen Bevölkerung beträgt dieser Anteil nur 9,8%. Ein wesentlicher Grund dafür liegt, wie rund zwei Drittel der MigrantInnen selbst angeben, in den mangelnden Deutschkenntnissen.

Wenn man nun die Einkommen mit jenem der österreichischen Bevölkerung vergleicht, zeigt sich, dass der Einkommensunterschied zwischen ausländischen und inländischen Männern größer ist als jener der Frauen. Dies ist in erster Linie dadurch zu erklären, dass unter den ArbeitnehmerInnen mit hohen Einkommen fast ausschließlich Männer mit österreichischer Staatsbürgerschaft zu finden sind, die das mittlere Einkommen der männlichen Bevölkerung nach oben verschieben. Migranten können jedoch so wie ausländische und inländische Frauen nur selten in Führungspositionen mit einem ent-

sprechend hohen Gehalt aufsteigen und sind daher vom männlichen Durchschnittseinkommen weiter entfernt als Migrantinnen von jenem der österreichischen Frauen.

Neben dem Einkommen stellt auch die **Arbeitslosenquote** ein Indikator dar, der auf eine erhöhte Armutsgefährdung der MigrantInnen schließen lässt. In der Steiermark betrug die Arbeitslosenquote der MigrantInnen 2008 9,8% (InländerInnen 5,8%) und hat sich im Jahr 2009 um 1.292 arbeitssuchende Personen erhöht, was ein Zuwachs von 32,9% bedeutet. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der arbeitslosen SteierInnen im selben Zeitraum (2008-2009) um 25,9% (oder 6.977 Personen) gestiegen.

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung ergibt, dass in diesem Zeitraum wesentlich mehr Männer als Frauen ihren Job verloren haben. Der Zuwachs bei den MigrantInnen betrug 18,6% (Frauen) bzw. 41,6% (Männer), während bei der inländischen Bevölkerung 15,1% (Frauen) bzw. 34,4% (Männer) zusätzlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren.²³

34% der MigrantInnen in der Steiermark sind armutsgefährdet.

Wenn man nun das Median-Äquivalenzeinkommen als Indikator für Armutsgefährdung heranzieht, sind in der Steiermark 11,9% der Gesamtbevölkerung armutsgefährdet. Während österreichische StaatsbürgerInnen mit 10% einen geringeren Wert aufweisen, ist etwa **jede/dritte AusländerIn** aus Nicht-EU/EFTA Staaten (34%) **gefährdet, in die Armut abzurutschen**.²⁴ Darüber hinaus verschlechtert sich ihre Situation durch vergleichsweise teuren Wohnraum, große Haushalte und der Tatsache, dass viele MigrantInnen ihre Familien in den Heimatländern finanziell unterstützen müssen. Frauen ausländischer Herkunft haben zudem oft mit dem Problem der **Überschuldung** nach einer Ehescheidung zu kämpfen. Neben dem gerin-

gen Einkommen sind dafür vor allem Bürgschaften verantwortlich, die für den (Ehe)Partner übernommen wurden. Die Tatsache, dass die Ehefrau bei einer Kreditaufnahme des Mannes die Bürgschaft übernimmt ist zwar auch bei inländischen Familien üblich, tritt aber bei MigrantInnen häufiger auf und hat aufgrund der ohnehin höheren Armutsgefährdung weitreichende Auswirkungen.²⁵

Bei der Betrachtung des **subjektiven Gesundheitszustandes** sowie bei **Einschränkungen aus finanziellen Motiven**, wird die erhöhte Armutsgefährdung der ausländischen Bevölkerung ebenfalls deutlich. Die österreichische Gesundheitsbefragung aus den Jahren

23 Vgl.: AMS Steiermark: Arbeitsmarktdaten 2009. <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start> (08.04.2010)

24 Vgl.: Mayer, Martin: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark. In: Steirische Statistiken 11/2009. Graz 2009, S.71ff.

25 Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 2001. Eigene Berechnungen für: Bundeskanzleramt Frauen: Migrantinnenbericht 2007. Wien 2007, S.33f.

2006/2007 ergab, dass 8% der ausländischen Bevölkerung, aber nur 5% der InländerInnen ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ einschätzten. Bei Angehörigen der türkischen und ex-jugoslawischen Bevölkerungsgruppe war dieser Wert mit 11% zudem deutlich höher.²⁶ Noch deutlicher werden die schwierigen Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund, wenn man sich die Abdeckung von Grundbedürfnissen

ansieht. Die Hälfte der ausländischen Bevölkerung in der Steiermark kann sich keinen Urlaub leisten, 43% haben Probleme, wenn unerwartete finanzielle Ausgaben auf sie zukommen und 28% können sich keine neuen Kleider kaufen. Unter den SteirerInnen müssen hingegen nur 25% auf einen Urlaub verzichten, 17% haben keine finanziellen Reserven für zusätzliche Ausgaben und lediglich 6% haben nicht genügend Geld für neue Kleidung.²⁷

Frauen ausländischer Herkunft sind besonders häufig als Hilfsarbeiterinnen tätig.

Migrantinnen weisen eine doppelte Benachteiligung auf. Sie werden nicht nur als ausländische Arbeitskraft diskriminiert, sondern haben zusätzlich mit denselben Problemen zu kämpfen, wie Österreicherinnen. Frauen aus Ländern der ehemaligen GastarbeiterInnenbewegung, insbesondere aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und der Türkei, haben eine schlechtere Schulbildung und arbeiten daher besonders häufig als Hilfsarbeiterinnen. So sind mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Türkinnen als Hilfsarbeiterinnen beschäftigt, während „nur“ 46% ihrer Landsmänner Hilfstätigkeiten ausüben.

Ähnlich verhält es sich bei MigrantInnen aus Polen und Ex-Jugoslawien. Hier verdienen 17,5% bzw. 38% der Frauen, aber „nur“ 13,8% bzw. 28% der Männer ihr Geld mit Hilfsarbeiten. Zudem weisen Frauen, die im Ausland geboren wurden, eine höhere Arbeitslosenquote auf als Männer. Im Jahr 2009 lag die Quote bei den männlichen Arbeitskräften ausländischer Herkunft bei 10,3%, dagegen waren 11,1% der Migrantinnen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote der Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist in den Jahren zwischen 2000 und 2009 besonders stark gestiegen.²⁸

Alleinstehende sind besonders stark von Armut betroffen.

Aber nicht nur MigrantInnen, auch Alleinstehende sind einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Während PensionistInnen insgesamt mehr finanzielle Einschränkungen verspüren als Haushalte ohne Pension, sind in beiden Gruppen Alleinstehende besonders stark betroffen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. In der Steiermark können sich **41%** der alleinlebenden **PensionistInnen keinen Urlaub leisten** und haben nicht genug finanzielle Ressourcen, um unerwartete Ausgaben zu tätigen. In der Gruppe der **alleine lebenden Personen im erwerbsfähigen**

Alter sind es **46%**, die diese Einschränkungen hinnehmen müssen. Sie sind nach diesen Gesichtspunkten am stärksten armutsgefährdet. Zudem können es sich 14% von ihnen nicht leisten, jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch zu essen. Insgesamt sind jedoch mit 12% gegenüber 10% auch hier Haushalte mit Pension stärker betroffen. Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder haben dagegen am wenigsten finanzielle Einbußen zu verzeichnen. Lediglich 19% von ihnen geben an, sich keinen Urlaub leisten bzw. unerwartete Ausgaben tätigen zu können.

26 Quelle: Statistik Austria: Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/ 2007, Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien 2007. In: Mayer, Martin: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark, Steirische Statistiken 11/2009. Graz 2009, S.73f.

27 Quelle: Statistik Austria: EU-SILC 2004 – Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark. Wien 2006 B. In: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen, Steirische Statistiken 9/2006. Graz 2006, S.117f.

28 Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 2001. Eigene Berechnungen für: Bundeskanzleramt Frauen: Migrantinnenbericht 2007. Wien 2007, S.30f.

Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark

Quelle: Statistik Austria 2007

...% können sich nicht leisten	Urlaub zu machen	unerwartete Ausgaben zu tätigen	jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen
insgesamt	29	26	10
Haushalte mit Pension insgesamt	33	33	12
Alleinstehend	41	41	13
Mehrpersonenhaushalte	29	28	12
Haushalte ohne Pension insgesamt	25	25	10
Alleinstehend	46	46	14
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	19	19	11
Mehrpersonenhaushalte mit Kinder	24	24	9

Ein Drittel aller AlleinerzieherInnen sind armutsgefährdet.

Wenn man nun die hohe Zahl an alleinstehenden Personen betrachtet, die besonders armutsgefährdet sind, ist es nicht verwunderlich, dass auch AlleinerzieherInnen oft an der Armutsgrenze leben. In der Steiermark waren 2006 13% aller Familien Ein-Eltern-Haushalte, wobei der Anteil der alleinerziehenden Mütter davon 84% ausmachten und nur 16% männliche Alleinerzieher registriert wurden.²⁹ Die besonderen Umstände der Vereinbarkeit beruflicher Tätigkeit mit den Kinderbetreuungspflichten wirken sich oft negativ auf den Verdienst der Betroffenen aus. Dazu kommen die zusätzliche Betreuungsausgaben und das Fehlen des Partnereinkommens, die letztendlich zur erhöhten Armutgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe beitragen. In

Gesamtösterreich waren im Jahr 2008 29% aller **Ein-Eltern-Haushalte** armutsgefährdet.³⁰ Eine genauere Betrachtung ergibt, dass 23% der Familien mit nur einem Elternteil depriviert sind, rund 12% als einkommensarm gelten und **15%** unter die Kategorie „**manifest arm**“ fallen. Das bedeutet, dass nur etwa die Hälfte aller AlleinerzieherInnen nicht von Armut betroffen ist. Wenn man nun an die große Anzahl alleinerziehender Mütter denkt, wird deutlich, dass es sich hier um ein **frauenspezifisches Problem** handelt.³¹

Auch wenn sich diese Daten auf Österreich beziehen, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Lage in der Steiermark nicht wesentlich von jener in Österreich unterscheidet.

29 Quelle: Statistik Austria: EU-SILC 2006 – Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen. Armutgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark. Wien 2007. Und: Kern, S. und Tafner, G.: Familien in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050. In: Steirische Statistiken 4/2007. Graz 2007. In: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006, Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008, S. 134.

30 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009, S.69.

31 Vgl.: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006, Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008, S. 131ff.

Männer bekommen in der Pension monatlich 577 Euro mehr als Frauen.

Das erhöhte Armutsrisiko bei Pensionistinnen resultiert in erster Linie aus dem geringen Pensionseinkommen, das im Rahmen der **Alterspension bei Frauen** im Jahr 2008³² durchschnittlich **842 Euro** betragen hat. Im Gegensatz dazu verfügen **Männer** über **1.419 Euro** im Monat. Diese Tendenz zeigt sich bei allen Versicherungsträgern, wie der Tabelle unten zu entnehmen ist. Männliche Pensionisten bekommen demnach im Durchschnitt rund 577 Euro mehr, wobei die Diskrepanz bei den Angestellten mit 766 Euro am größten und bei ArbeiterInnen mit 452 Euro am geringsten ausfällt. Das bedeutet, je höher die Durchschnittspension,

desto höher die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Dies gilt auch für Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit. Hier fallen aufgrund der geringeren Pensionshöhe auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weniger hoch aus. Wenn man die Pensionsbeträge mit der zuvor genannten Armutsgefährdungsschwelle in Österreich von 951 Euro vergleicht, wird schnell klar, in welcher prekären Situation sich insbesondere Frauen befinden. Da Pensionistinnen aufgrund der höheren Lebenserwartung zudem öfter alleine leben, erschwert sich ihre Situation.

Durchschnittspensionen nach dem Geschlecht in Euro in Österreich 2008

Quelle: Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009

Pensionsversicherungsträger	Pensionen aus dem Versicherungsfall			
	des Alters		der geminderten Arbeitsfähigkeit	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
PV insgesamt	1.419	842	1.113	631
PVA - Arbeiter	1.055	603	1.017	585
PVA - Angestellte	1.845	1.079	1.463	829
VAEB - Eisenbahnen	1.477	884	1.168	701
VAEB - Bergbau	1.766	1.151	1.350	922
SVA d. gew. Wirtschaft	1.558	979	1.173	670
SVA der Bauern	1.019	527	951	453

70% der AusgleichszulagenbezieherInnen sind Frauen.

PensionistInnen in Österreich haben einen Anspruch auf eine Ausgleichszulage, wenn ihre Pension inklusive sonstiger Einkommen einen bestimmten Richtsatz nicht erreicht. Dieser Richtsatz lag im Jahr 2008 bei 772 Euro.³³ In diesem Jahr lag der Anteil der Ausgleichszulagen am Pensionsstand in der Steiermark bei 17,6% und wies damit nach Kärnten den zweithöchsten Wert auf. Demnach bezog **jede/r 6. PensionistIn in der Steiermark** eine **Ausgleichszu-**

lage von durchschnittlich 285 Euro. In Österreich dagegen erhält nur jede/r 9. eine Zulage, die mit durchschnittlich 277 Euro auch geringer ausfällt. **Der Anteil der Frauen** unter den AusgleichszulagenbezieherInnen ist mit rund **70%** erwartungsgemäß sehr hoch.³⁴

Die Gründe dafür, dass Frauen niedrige Pensionen erhalten und in Folge stärker von Altersarmut betroffen sind, lassen sich neben

³² Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.): Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, 23.Ausgabe: August 2009. Wien 2009. S.21. http://www.sozialversicherung.at/mediaDB/561595_Sozialversicherung_in_Zahlen_Ausgabe23_August_2009.pdf (2.3.2010)

³³ Quelle: www.austrianlaw.at (4.3.2010)

³⁴ Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, 23.Ausgabe: August 2009, S.22.

dem geringen Einkommen in den Unregelmäßigkeiten während des Erwerbslebens finden. Die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten und Arbeitsunterbrechungen aufgrund der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen spielen hier eine wesentliche Rolle. Solange Frauen in Partnerschaft leben und der

Mann eine ausreichende Pension bezieht, ist auch die Situation der Frauen trotz niedriger Pension weitgehend gesichert. Problematisch wird es insbesondere für geschiedene Frauen, wenn sie lange Zeit nicht erwerbstätig waren oder als Zuverdienerin in der Familie ein geringes Gehalt bezogen haben.³⁵

Armut macht krank.

Die subjektive Lebenszufriedenheit und der in der Gruppe der MigrantInnen bereits erwähnte allgemeine Gesundheitszustand lassen weitere Rückschlüsse auf die Armutssituation einzelner Bevölkerungsgruppen zu. Gesundheit meint dabei nicht alleine das Fehlen von Krankheit, sondern schließt das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden mit ein.³⁶ In der Steiermark schätzen rund 81% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Damit entsprechen sie dem österreichischen Durchschnitt, der bei 80% liegt. Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich nicht erkennen. Lediglich Haushalte mit einer weiblichen Hauptverdienerin, Alleinstehende sowie Frauen und Männer der Altersgruppe 40-64 bewerten ihre Gesundheit tendenziell schlechter als die übrigen Bevölkerungsgruppen. Einen subjektiv schlechten Gesundheitszustand haben zudem MigrantInnen und Personen mit niedrigem Bildungsniveau.³⁷

Ein Unterschied ist allerdings in der Altersgruppe der über 65-jährigen zu finden. Hier geben mehr SteirerInnen (26%, im Vergleich

zu 22% in Gesamtösterreich) an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht oder sehr schlecht ist. Dabei ist auffallend, dass Pensionisten ihren Gesundheitszustand besser einschätzen als Frauen der gleichen Altersgruppe. Demnach sind 39% der Männer, aber nur **33% der Frauen** dieser Altersgruppe von **guter Gesundheit** und 20% im Vergleich zu 29% geben an, einen schlechten Gesundheitszustand zu haben. Eine Erklärung dafür kann natürlich in der höheren Lebenserwartung der Frauen und den damit zusammenhängenden altersbedingten Beschwerden liegen.³⁸ Wenn man jedoch den Gesundheitszustand jener Bevölkerungsgruppen zusammennimmt, die über ein geringes Einkommen verfügen und aufgrund unterschiedlicher Indikatoren als armutsgefährdet gelten, lässt sich ein Zusammenhang erkennen: Neben den Pensionistinnen schätzen auch Alleinstehende, MigrantInnen, Personen mit einem niedrigen Schulabschluss sowie Haushalte mit einer weiblichen Hauptverdienerin ihren Gesundheitszustand schlechter ein als Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen.

35 Quelle: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006. In: Steirische Statistiken 5/2008, S.109ff.

36 Vgl. Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg und Frauenbüro der Stadt Salzburg (Hg.): Frauenarmutsbericht 2002. Salzburg 2002, S.42.
http://www.stadt-salzburg.at/pdf/frauenarmutsbericht_2002.pdf (23.2.2010)
Und: Ö1 ORF. <http://oe1.orf.at/108614.html> (10.03.2010)

37 Quelle: Statistik Austria (Hg.): Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC-2006. Wien 2008, S.133. In: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006, Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008. Bearbeitung LASTAT, S.61.

38 Vgl. Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006. In: Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008, S.66.

3. WORKING POOR, ARBEITSLOSIGKEIT UND SOZIALHILFE

Erwerbstätigkeit schützt vor Armut nicht.

Wenn von Armut oder Armutsgefährdung in Österreich gesprochen wird, denkt man in erster Linie an jene Bevölkerungsgruppen, die oben bereits erwähnt wurden: PensionistInnen, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen oder Arbeitslose. Die Entwicklung in unserer Gesellschaft zeigt aber auch, dass immer mehr **erwerbstätige Personen** ein monatliches Einkommen beziehen, das **unter der Armutsschwelle von 951 Euro**³⁹ liegt. Diese Gruppe wird auch als Working Poor⁴⁰ bezeichnet und umfasst in Österreich rund 247.000 Personen⁴¹. Dabei sind es neben fix angestellten ArbeitnehmerInnen vor allem atypische Arbeitsverhältnisse, die eine Armutsgefährdung mit sich bringen. Diese zeichnen sich in erster Linie durch ein geringes und/oder unregelmäßiges Einkommen sowie zeitliche Befristung aus, die eine Unsicherheit in der Lebensplanung zur Folge hat.⁴²

Die atypische Beschäftigung kann grundsätzlich in folgende Gruppen unterteilt werden⁴³:

- **Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte:**
Hier liegt die wöchentliche Arbeitszeit unter der gesetzlichen Normalarbeitszeit. In dieser Gruppe sind auch besonders viele Frauen zu finden.
- **Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen und LeiharbeiterInnen.** Zu dieser Gruppe zählen vor allem SaisonarbeiterInnen, etwa aus dem Gast- und Baugewerbe, und Personen mit niedrigem Bildungsniveau.
- **Neue Selbstständige - Freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen:** Diese Gruppe zeichnet sich in erster

Linie dadurch aus, dass sie sich verpflichten eine Leistung oder ein Resultat in einer bestimmten Zeit zu erbringen. Daher sind die Verträge meist befristet. Sie können sich die Zeit frei einteilen und sind nicht weisungsgebunden.

Personen in atypischen Arbeitsverhältnissen (siehe auch 2. Teilbericht „Frauen und Erwerbsleben“) sind einer besonderen Armutsgefährdung ausgesetzt. Problematisch ist dabei nicht nur die mit einer Befristung einhergehenden Unsicherheiten, sondern auch der oft verminderte sozialrechtliche Schutz (insbesondere die fehlende Arbeitslosenversicherung).⁴⁴ Die Zahlen für Österreich und die Steiermark zeigen jedoch, dass auch immer mehr ganzjährig Vollzeitbeschäftigte den Working Poor zuzurechnen sind. Laut einer Erhebung der Statistik Austria aus dem Jahr 2008 sind mehr als die Hälfte der armutsgefährdeten Erwerbstätigen in Österreich vollzeitbeschäftigt, während der Anteil der Teilzeitbeschäftigten „nur“ 21% ausmacht. Nachdem besonders viele Frauen in Teilzeit arbeiten, ist es in der Folge auch nicht verwunderlich, dass sich mit 53% mehr Männer als Frauen (47%) unter den Working Poor befinden.

In der Steiermark gelten 9,6% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als armutsgefährdet. Davon ist rund ein Drittel erwerbstätig. Insgesamt sind 5% der erwerbstätigen SteirerInnen armutsgefährdet, wobei Haushalte mit einer weiblichen Hauptverdienerin besonders betroffen sind. Sie ha-

39 Stand 2008.

40 Definition Working Poor: Alle armutsgefährdeten Personen, die im Erwerbsalter (20-64 Jahre), die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Voll- oder Teilzeit erwerbstätig waren. Personen, die mehr als 6 Monate arbeitslos waren, werden jedoch nicht dazugezählt.

41 Quelle: Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009. In: ÖGB Frauen: Handout zum Pressefrühstück mit Patricia Berger, am 5. März 2010. Vorstellung der Kampagne „Ich will's fair“ verbunden mit Forderungen der ÖGB-Frauen zum Internationalen Frauentag 2010. S. 1.

42 Vgl.: Muckenhuber, Johanna: Arm trotz Arbeit. Working Poor und Prekariat. In: Verein ERfA (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010, S 45ff.

43 Quelle: Österreichischer Gewerkschaftsbund: http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_3.6.a#

44 Quelle: ebd.

ben mit 22% eine fast dreimal so hohe Armutgefährdungsquote wie Haushalte mit einem männlichen Hauptverdiener (8%). Ebenfalls stärker von Armut betroffen sind Haushalte mit teilweiser Erwerbstätigkeit (13%) im Gegensatz zu jenen, in denen jedes Haushaltsmitglied erwerbstätig ist (2%). Doch auch wenn letztgenannte einen geringen Anteil an den armutsgefährdeten

Personen in der Steiermark ausmachen, ist die Zahl mit 11.000 immer noch sehr hoch.⁴⁵ So verdienen etwa ArbeitnehmerInnen in der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie, FriseurInnen und FloristInnen häufig weniger als € 951,- und gehören zu den Working Poor. Dies zeigt, dass Erwerbstätigkeit alleine kein Garant dafür ist, der Armut zu entkommen.

Die Koppelung von Sozialleistungen an das Erwerbseinkommen benachteiligt Frauen.

In Österreich sind die Sozialleistungen in erster Linie vom Erwerbseinkommen abhängig und beruhen darauf, den Lebensstandard zu wahren. Sie sind zudem an einer männlichen Normalbiografie orientiert, die eine durchgehende Vollzeitbeschäftigung zur Grundlage hat. Damit werden die bereits erwähnten Ungleichheiten in das Sozialsystem transferiert und sogar noch verstärkt. Frauen sind dabei nicht nur durch ihr niedrigeres Einkommen und erhöhte Teilzeitbeschäftigung, sondern auch durch diverse Auszeiten aufgrund der Betreuung und Pflege von Kindern und Angehörigen, benachteiligt. Leistungen wie **Eigenpension** oder **Arbeitslosengeld** fallen daher so gering aus, dass sie **nicht zur sozialen Absicherung ausreichen** und eine erhöhte Armutgefährdung zur Folge haben. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung soll hier Abhilfe schaffen und die Betroffenen vor einer verstärkten Armutgefährdung bewahren.

Wenn Frauen in der Familie Versorgungsarbeiten übernehmen, können sie zwar finanzielle Zuschüsse wie Familienbeihilfe, Kindergeld oder Pflegegeld beziehen, jedoch wird dadurch nur ein Teil der zusätzlichen Ausgaben abgedeckt. Dies stellt für jene Frauen, die mit ihren (Ehe)Partnern in einem Haushalt leben und durch deren Einkommen abgesichert

sind, zumindest nach außen hin kein großes Problem dar. Im Fall einer Scheidung oder bei Ableben des Ehegatten können jedoch große Schwierigkeiten entstehen. Nicht umsonst gehören **Witwen und Alleinerzieherinnen** zu jenen Bevölkerungsgruppen, die besonders **stark von Armut betroffen** sind.⁴⁶

Ein spezifisches Problem stellt die Arbeitslosigkeit dar. Die Arbeitslosenquote der Steirerinnen liegt zwar seit Jahren unter jener der Steirer, dabei müssen aber folgende Aspekte berücksichtigt werden: Frauen sind vor allem im Dienstleistungssektor beschäftigt, der nicht unmittelbar von der Rezession betroffen ist. Dagegen reagieren typische Männerbranchen, wie etwa das Baugewerbe, schneller auf wirtschaftliche Veränderungen. Zudem ist hier auch die saisonbedingte Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Eine bereinigte Statistik der Arbeiterkammer aus dem Jahr 2005 zeigt, dass in punkto Arbeitslosigkeit kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen sind.⁴⁷

Aber auch, wenn gleich viele Männer wie Frauen Arbeitslosengeld beziehen, trifft es Frauen aufgrund ihres niedrigeren Erwerbseinkommens härter. Im Jahr 2008 bekamen **Frauen** einen Tagsatz von 22,7 Euro und damit um **durchschnittlich 4,8 Euro weniger** als Männer (27,5 Euro).⁴⁸

45 Quelle: Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006. In: Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008. http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10003178_97617/ deb68fc8/Publikation%205-2008.pdf (11.3.2009) In: ÖGB Frauen: Handout zum Pressefrühstück mit Patricia Berger, am 5. März 2010. Vorstellung der Kampagne „Ich will's fair“ verbunden mit Forderungen der ÖGB-Frauen zum Internationalen Frauentag 2010. S.1.

46 Vgl.: Kreimer, Margareta und Meier, Isabella: Frauenarmut. In: Verein ERFÄ (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010, S.27f.

47 Quelle: Arbeiterkammer (Hg.): AK Frauenbericht 1995-2005. Wien 2006, S.19ff.

48 Quelle: AMS Österreich: Arbeitsmarktlage 2008. Wien 2009, S.36. http://www.ams.at/_docs/001_jb08.pdf (12.04.2010)

Der Antrag auf Notstandshilfe jeder zwölften Frau wird abgelehnt.

Aber nicht nur die niedrigeren Tagsätze der Arbeitslosenhilfe benachteiligen Frauen und erhöhen deren Armutsgefährdung. Nach der Arbeitslosenunterstützung, die meist nach einigen Monaten endet, kann um Notstandshilfe angesucht werden. Diese macht rund 95% des Arbeitslosengeldes aus. Da sich der Betrag der Notstandshilfe nach dem Arbeitslosengeld richtet, ist auch hier der **Tagsatz der Frauen geringer** als jener der Männer. Im Jahr 2008 bekamen demnach Frauen im Durchschnitt monatlich 513 Euro und Männer 642 Euro.⁴⁹ Allerdings wird bei der Berechnung das Einkommen des Ehepartners oder Lebensgefährten mit eingerechnet. Dies kann dazu führen, dass die **Notstandshilfe gekürzt** oder **gar nicht ausbezahlt** wird. Die nachfolgenden Zahlen zeigen, dass

davon in erster Linie Frauen betroffen sind, die dann über kein eigenes Einkommen verfügen und vom Partner abhängig sind.

Im Jahr 2009 gab es insgesamt um knapp 40.000 Anträge auf Notstandshilfe mehr als noch 2008 und auch der Anteil der Ablehnungen ist von 5,3% auf 5,6% gestiegen. Frauen stellen zwar nur 40% der Anträge, jedoch wird etwa jeder zwölfte davon abgelehnt. Das bedeutet, dass 84% der Ablehnungen Frauen treffen. Selbst wenn es zu keiner Ablehnung kommt, müssen sie aufgrund der Anrechnung des Partnereinkommens zumindest mit einer Kürzung des Betrages rechnen. Dabei wird auch dann das Einkommen mit einbezogen, wenn gar keine **gesetzliche Unterhaltspflicht** gegenüber dem/der PartnerIn besteht.⁵⁰

Ablehnung der Notstandshilfe mangels Notlage in Österreich

Quelle: Arbeitsmarktservice

	Notstandshilfebewilligungen 2009	Ablehnung mangels Notlage	in Prozent	Notstandshilfebewilligungen 2008	Ablehnung mangels Notlage	in Prozent
Frauen	98.579	12.065	12	88.076	9.971	11
Männer	159.163	2.329	1,4	129.934	1.682	1,3
insgesamt	257.742	14.394	5,6	218.010	11.653	5,1

Die Tatsache, dass die Betroffenen trotz jahrelanger Beitragszahlungen keinen Anspruch auf eine Notstandshilfe haben, stößt vielfach auf Unverständnis. Darüber hinaus birgt die **Abhängigkeit** vom Lebensgefährten oder der Lebensgefährtin, die wie erwähnt nicht unbedingt zum Unterhalt verpflichtet sind, eine gewisse Unsicherheit.

Die folgenden Beispiele zeigen die prekäre Situation, in denen sich Betroffene wiederfinden:

Fallbeispiel A:

Es wird von einer Familie mit einem Kind unter 10 Jahren ausgegangen, in der sowohl

der Vater als auch die Mutter erwerbstätig sind und jeweils durchschnittliche Einkommen des Jahres 2008 (Vater 1.481 Euro netto, Mutter 1.035 Euro netto) verdienen. Wenn nun die Frau arbeitslos wird, bekommt sie 753 Euro Arbeitslosenunterstützung, und nach Ende des Bezuges hat sie einen theoretischen Anspruch auf 716 Euro. Nachdem insgesamt 753,5 Euro für den Ehemann und das Kind vom Nettoeinkommen des Mannes (1.481 Euro) abgezogen werden, verbleiben etwa 728 Euro. Diese werden nun vom Anspruch der Frau auf Notstandshilfe abgezogen. Da dieser Betrag jedoch höher ist als

49 Quelle: AMS Österreich. In: <http://www.gruene.at/frauen/artikel/lesen/56659/> (15.03.2010)

50 Quelle: <http://www.gruene.at/frauen/artikel/lesen/56659/> (15.03.2010)

der Anspruch, erhält die Frau keine Notstandshilfe. Für die Familie bedeutet dies eine Kürzung des Familieneinkommens von ursprünglich 2.516 Euro (vor der Arbeitslosigkeit der Frau), auf 2.204 Euro (bei Bezug des Arbeitslosengeldes der Frau) und schließlich auf 1.481 Euro (nach dem Ende der Arbeitslosenunterstützung). Das entspricht einer Kürzung von etwa 60% des Haushaltseinkommens innerhalb weniger Monate.⁵¹

Fallbeispiel B:

Eine alleinerziehende Mutter einer 6-jährigen lebt mit ihrem Lebensgefährten, der nicht der Vater des Kindes ist, in dessen Wohnung, da sie sich keine eigene Wohnung leisten kann. Sie schuldet ihm zudem rund 5.000 Euro. Mit dem Einkommen des Lebensgefährten werden in erster Linie die Wohnung samt Neben-

kosten sowie das Auto und die Versicherung bezahlt. Nach dem Ende des Arbeitslosengeldes bekommt die Frau nur mehr 175 Euro im Monat, da das Einkommen des Lebensgefährten mit ihrer Notstandshilfe gegen gerechnet wird. Von diesem Geld muss sie nun Lebensmittel und Kleidung für einen Drei-Personen-Haushalt besorgen. Dazu kommt, dass ihr Freund gesetzlich nicht verpflichtet ist, für sie und ihre Tochter zu sorgen. Da sie aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten vor Ort in ihrer Arbeitssuche eingeschränkt ist und keine Arbeit finden kann, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich ihre finanzielle Situation in absehbarer Zeit verbessert, äußerst gering. Damit sind sie und ihre Familie nicht nur stark armutsgefährdet, aufgrund ihrer Schulden droht sie in manifeste Armut abzurutschen.⁵²

In Österreich beziehen Frauen häufiger Sozialhilfe als Männer.

Neben der Zunahme der Beschäftigten in atypischen Arbeitsverhältnissen und der Working Poor, ist auch die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in den letzten Jahren gestiegen. In Graz wurde im Jahr 2008 ein **Anstieg von mehr als 70%** verzeichnet. Dabei sind es nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Familien und Haushalte, die auf diese Zahlungen angewiesen sind. Während die Zahl langfristiger Unterstützungen zugenommen hat, wurden um 17% weniger Personen registriert, die nur fallweise um Sozialhilfe ansuchen.⁵³ Der steigende Bedarf

spiegelt sich auch in den steigenden Sozialhilfeausgaben der letzten Jahre wider. Im Jahr 2002 wurde in der Steiermark 192.035.215 Euro ausbezahlt, 2008 waren es bereits 292.895.348 Euro.⁵⁴ Interessant ist dabei eine geschlechtsspezifische Betrachtung aus dem Jahr 2007⁵⁵: Während in Gesamtösterreich, wie auch in allen anderen Bundesländern⁵⁶, mehr Frauen als Männer Sozialhilfe beziehen, ist dies in der Steiermark genau umgekehrt. Hier stehen 6.326 (oder 56%) männliche Bezieher 4.998 (oder 44%) weiblichen Bezieherinnen gegenüber.⁵⁷

51 Quelle: <http://www.gruene.at/frauen/artikel/lesen/56659/> (15.03.2010)

52 Quelle: <http://www.gruene.at/frauen/artikel/lesen/56659/> (15.03.2010)

53 Quelle: CeiberWeiber – Frauen Onlinemagazin: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?p=news&area=1&newsid=404> (12.01.2010)

54 Quelle: FA11A Rechnungsabschlüsse Sozialhilfe 2002-2008. In: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hg.): Steirischer Sozialbericht 2007/ 2008. Graz 2009. S.251.

55 Diese Zahlen beziehen sich auf die Gruppe der Allein-, Haupt- und Mitunterstützte.

56 Für das Burgenland sind keine und für Vorarlberg nur teilweise geschlechtsspezifischen Daten vorliegend.

57 Quelle: Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2007. Wien 2009.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Armut resultiert in den meisten Fällen aus der **Einkommensarmut** und trifft in erster Linie Personen mit einem geringen Ausbildungsniveau, kinderreiche Familien, AlleinerzieherInnen sowie MigrantInnen. Besonders gefährdet sind zudem Langzeitarbeitslose, atypische Beschäftigte und RentnerInnen mit einer Mindestpension. Betrachtet man all diese armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen, so ist festzuhalten, dass jeweils Frauen am stärksten betroffen sind, da sie aufgrund des nach wie vor niedrigeren Durchschnittseinkommens benachteiligt sind. Man kann also sagen: **Armut ist weiblich**. Fast jede siebente Österreicherin verfügt über ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, aber nur jeder neunte Mann. Ob Alleinerzieherinnen oder Haushalte mit einer weiblichen Hauptverdienerin, Frauen leben tendenziell öfter an der Armutsgrenze als Männer. Aufgrund ihres geringeren Einkommens und Betreuungsaufgaben in der Familie erhalten sie auch weniger Arbeitslosenunterstützung und eine niedrigere Pension. Frauen mit Migrationshintergrund haben zudem mit der Tatsache zu kämpfen, wegen ihrer Herkunft und ihres Geschlechts in zweifacher Hinsicht diskriminiert zu werden.

Erwerbstätigkeit verringert das Risiko zu verarmen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse, steigende Lebenshaltungskosten und wachsende Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern tragen jedoch dazu bei, dass auch immer mehr erwerbstätige Personen an der Armutsgrenze leben müssen. In vielen Familien ist die Erwerbstätigkeit der Frau unabdinglich, um nicht in die Armutsfalle zu geraten. Aus dieser Sicht ist

auch der Ausbau des Kinderbetreuungsangebots eine wichtige Voraussetzung, um Müttern die Ausübung ihres Berufs zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen.

Es ist aber auch notwendig, Frauen aus dem **Abhängigkeitsverhältnis** zu führen. Denn viele Sozialleistungen werden auf der Grundlage des Familieneinkommens berechnet, sodass Frauen im Durchschnitt weniger Notstandshilfe oder Sozialhilfe beziehen und auf den Unterhalt des Partners angewiesen sind. Wie aus bisherigen Studien bekannt, ist das Geld innerhalb des Haushaltes jedoch meist zugunsten der Männer verteilt und drängt Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis. Man kann hier auch von einer **verdeckten Armut** sprechen, dessen Ausmaß sich oft erst im Fall einer Scheidung bzw. Trennung vom Partner zeigt.

Österreich zählt zu den reichsten Ländern der Welt und ist das viertreichste Land in der Europäischen Union. Armut resultiert somit aus einer **Ungleichverteilung der Ressourcen**. Die Bekämpfung von Armut muss daher an diesem Punkt ansetzen und die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am Reichtum des Landes zum Ziel haben. Das Erwerbseinkommen nimmt in diesem Zusammenhang eine zentrale Stellung ein. Seit Jahrzehnten sinkt das Arbeitseinkommen gemessen am Volkseinkommen und die Zunahme der Working Poor, deren Einkommen kaum mehr zum Leben ausreicht, macht das Problem deutlich. Dabei leisten höhere Löhne gerade einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen nicht nur einen Beitrag zur Verringerung von Armut, sondern fördern die Konsumnachfrage, von der wiederum die Wirtschaft profitiert.⁵⁸

49 Vgl.: Stenner, Christian und Stuhlpfarrer, Gregor: Die Wünsche der Industrie: Mit Lohnverzicht noch tiefer in die Krise? KORSO April 2009. In: Verein ERfA (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010. S.16.

LITERATUR

AMS Österreich: Arbeitsmarktlage 2008. Wien 2009.
http://www.ams.at/_docs/001_jb08.pdf (12.04.2010)

Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hg.): Steirischer Sozialbericht 2007/ 2008. Graz 2009.

Arbeiterkammer (Hg.): AK Frauenbericht 1995-2005. Wien 2006.

Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg und Frauenbüro der Stadt Salzburg (Hg.): Frauenarmutsbericht 2002. Salzburg 2002.
http://www.stadt-salzburg.at/pdf/frauenarmutsbericht_2002.pdf (23.2.2010)

Bundeskantleramt Frauen: Migrantinnenbericht 2007. Wien 2007.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Hg.): Handbuch der Österreichischen Sozialversicherung 2009. Wien 2009.
http://www.sozialversicherung.at/mediaDB/544531_Handbuch_der_oesterreichischen_Sozialversicherung_2009.pdf (2.3.2010)

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, 23.Ausgabe: August 2009. Wien 2009
http://www.sozialversicherung.at/mediaDB/561595_Sozialversicherung_in_Zahlen_Ausgabe23_August_2009.pdf (2.3.2010)

Kern, S. und Tafner, G.: Familien in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050. In: Steirische Statistiken 4/2007. Graz 2007.

Kreimer, Margareta und Meier, Isabella: Frauenarmut. In: Verein ERfA (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010.

Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen. In: Steirische Statistiken 9/2006. Graz 2006.

Mayer, Martin: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/ 2006. In: Steirische Statistiken 5/ 2008. Graz 2008.
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10003178_97617/56f66388/Publikation%205-2008.pdf (11.3.2009)

Mayer, Martin: Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark. In: Steirische Statistiken 11/2009. Graz 2009.

Mayer, Martin: Regionale Einkommensstatistiken unselbstständig Beschäftigter 2008. In: Steirische Statistiken 12/2009. Graz 2009.
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10003178_97617/56f66388/Publikation%2012-2009-Internet.pdf (23.02.2010)

Muckenhuber, Johanna: Arm trotz Arbeit. Working Poor und Prekariat. In: Verein ERfA (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010.

Österreichischer Gewerkschaftsbund Frauen: Handout zum Pressefrühstück mit Patricia Berger, am 5.März 2010. Vorstellung der Kampagne „Ich will's fair“ verbunden mit Forderungen der ÖGB-Frauen zum Internationalen Frauentag 2010. März 2010.

Statistik Austria: Macht Armut einsam? Neue Ergebnisse belegen Zusammenhänge zwischen niedrigem Einkommen, materieller Benachteiligung und sozialer Isolation. Wien 2008.
http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/%20armut_und_soziale_eingliederung/030351 (07.04.2010)

Statistik Austria: Volkszählung 2001.

Statistik Austria (Hg.): Bildung in Zahlen 2007/2008. Tabellenband. Wien 2009.

Statistik Austria (Hg.): Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC-2006. Wien 2008.

Statistik Austria (Hg.): Einkommen, Arbeit und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC-2007. Wien 2009.

Statistik Austria: EU-SILC 2004 – Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark. Wien 2006.

Statistik Austria: Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/ 2007, Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien 2007.

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2007. Wien 2009.

Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramts – Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlicher Dienst: Frauen und Männer in Österreich, Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden. Wien 2007.

Statistik Austria im Auftrag des BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2. Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008. Eingliederungsindikatoren. Wien 2009.

Stenner, Christian und Stuhlpfarrer, Gregor: Die Wünsche der Industrie: Mit Lohnverzicht noch tiefer in die Krise? KORSO April 2009. In: Verein ERfA (Hg.): Die Armut und die Kommune: Am Beispiel Graz. Grazer Sozialpolitische Hefte, Band 1. Graz, Jänner 2010.

Stoppacher, Peter: Armutsgefährdung und Einkommensdifferenzen. In: Plattform der steirischen Sozialeinrichtungen (Hg.): Wahrnehmungsbericht zur sozialen Lage in der Steiermark. Graz 2006.

Webseiten:

AMS Steiermark:
Arbeitsmarktdaten 2009:
<http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start> (08.04.2010)

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:
<http://www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/> (17.3.2010)
http://www.2010gegenarmut.at/cms/2010GA/RE/2010_jahr.htm?channel=CH0851 (06.04.2010)

Armut:
<http://www.armut.de> (22.2.2010)

Internetplattform Österreichisches Recht:
<http://www.austrianlaw.at/cms/index.php?id=1787> (4.3.2010)

Österreichischer Gewerkschaftsbund:
http://www.fairteilen.at/index.php?option=com_content&view=article&id=53%3AArmut-ausgrenzung&catid=40%3AArmut-zeichen-zahlen-daten-fakten-a-co-&Itemid=27 (06.04.2010)
http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_3.6.a# (09.04.2010)

ORF – Ö1:
<http://oe1.orf.at/108614.html> (10.03.2010)

Gender Pay Gap:
Bundeskantleramt Frauen: <http://www.frauen.bka.gv.at/> (25.11.2009)

Notstandshilfe: Die Grünen:
<http://www.gruene.at/frauen/artikel/lesen/56659/> (15.03.2010)

Arbeiterkammer Steiermark:
<http://www.akstmk.at/online/jede-7-frau-ist-armutsgefahrdet-53556.html> (15.03.2010)

Sozialhilfe:
CeiberWeiber – Frauen Onlinemagazin:
Stadträtin Edlinger: Mindestsicherung dringend nötig! (Artikel vom 04.08.2009)
<http://www.ceiberweiber.at/index.php?p=news&area=1&newsid=404> (12.01.2010)

Impressum

HerausgeberIn:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
FA6A Jugend, Frauen, Familie und Generationen
Karmeliterplatz 2
8010 Graz
E-Mail: fa6a@stmk.gv.at

Internet: www.verwaltung.steiermark.at

Redaktion: Peripherie – Institut für
praxisorientierte Genderforschung
Doris Kapeller und Edith Pöhacker

Grafik: SCHEUCHER SCHWALL . PARTNER
Werbeagentur GmbH

Druck: Druckerei Bachernegg

Erscheinungsort und Datum:
Graz, August 2010

Die eigennützige Vervielfältigung,
Verbreitung oder sonstige Verwertung ist
ohne ausdrückliche Zustimmung des
Herausgebers nicht zulässig.